Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 137 | Mittwoch, den 16. Juni 1926 | 21. Jahrgang

Brasilien reicht dem Völkerbund seine Kündigung ein.

Auch Spanien will austreten.

Genf, 14. Juni. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute vormittag vom brasilianischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Felix Pacheco folgendes Telegramm erhalten:

„Brasilien hat in der dem Botschafter Mello Franco übersandten Denkschrift, die vom Sekretariat bereits veröffentlicht und den Mitgliedern des Völkerbundes bekannt sein dürfte, wie Ew. Exzellenz wissen, auf seinen Platz als nichtständiges Mitglied des Völkerbundsrates verzichtet. In der Denkschrift hieß es am Schluß, daß Brasilien den geeigneten Zeitpunkt abwarte, um seinen Akt zu vollenden und die Ehre abzulehnen, weiterhin Mitglied des Völkerbundes zu sein. Da gerade jetzt die Einladung zur Septemberversammlung des Völkerbundes hier eingeht, zu welcher Brasilien nicht mehr erscheinen kann, hält es sich für verpflichtet, die Erklärung abzugeben, daß dieser Umstand ihm die Notwendigkeit auferlegt, schon jetzt seinen Entschluß bekannt zu geben, sich vom Völkerbunde zurückzuziehen, wie es durch die gegenwärtige Mitteilung geschieht. Dieses Telegramm soll also als Kündigung gemäß dem Schlußabsatz des Artikels 1 des Völkerbundspaktes angesehen werden."

•

Madrid, 14. Juni. Der Regierung nahestehende Persönlichkeiten versichern, daß Spaniens Austritt aus dem Völkerbund beschlossene Sache sei, wenn es nicht etwa doch noch einen ständigen Ratssitz erhalten sollte.

Wie die Madrider Zeitungen melden, nahm der Ministerrat in seiner gestrigen Nachtsitzung den Vorschlag des Ministers des Auswärtigen an und beschloß, für einen nichtständigen Völkerbundsratssitz nicht zu kandidieren und die Frage betreffend die Stellung Spaniens im Völkerbund als nicht genügend erörtert zu betrachten. Der Minister des Auswärtigen wurde mit der Aufgabe betraut, im gegebenen Augenblick und gemäß dem in Genf gefaßten Beschluß über die Forderung Spaniens nach den vom Ministerrat aufgestellten Richtlinien zu handeln.

Der Franken sinkt mit Riesenschritten.

Finanzminister Peret zurückgetreten.

Berlin, 15. Juni. Wolff-Büro meldet aus Paris, daß der französische Finanzminister Peret heute morgen zurückgetreten ist.

•

Ergänzend zu dieser Meldung wird aus London gemeldet:

Der französische Franken, der gestern an der Londoner Börse nachbörslich mit 169,25 notierte, ging heute auf 178,50 zurück.

Abd el Krim soll nach Madagaskar verbannt werden.

Paris, 14. Juni. Heute nachmittag beginnt am Quai d'Orsay die spanisch-französische Marokkokonferenz, der heute morgen eine inoffizielle Fühlungnahme zwischen Generalsekretär Berthelot und dem spanischen Botschafter Quinones de Leon, seine zwischen Marschall Petain und General Jordana vorangeht.

Die schwierigste Frage ist die des Schicksals des Riffführers Abd el Krim. Die Spanier verlangen die Auslieferung und kriegsgerichtliche Aburteilung, die jedoch von Frankreich abgelehnt werden. „Petit Parisien" kündigt an, daß Abd el Krim, zusammen mit seinen nächsten Verwandten, alles in allem etwa vierzig Personen, nach Madagaskar verbannt werden und die übrigen Riffführer, etwa 100 an der Zahl, würden nach Frankreich oder nach französischen Kolonien verbannt.

Von dem übrigen Programm der Konferenz sind von Wichtigkeit die Fragen der künftigen Organisation des Rifgebietes und die der Grenzregulierung. In der Hauptsache soll eine gemeinsame Regelung der Entwaffnung und der Kontrolle über den Waffenbesitz und den Waffenhandel theoretisch und praktisch festgesetzt werden. Wichtiger ist die Frage der Grenzregulierung. Es scheint, daß man keine eigentlichen Grenzänderungen vorzunehmen beabsichtigt, weil man unbedingt Italien keine Handhabe zu irgend einem Einspruch und überhaupt keinen Vorwand zur Einberufung einer internationalen Marokkokonferenz geben will.

Nach dem „Petit Parisien" wird man für die drei Stämme, die von der Grenzlinie durchschnitten werden, eine gemischte französisch-spanische Verwaltung, ähnlich wie für die Republik Andorra einrichten.

Selbstmordversuch der Miß Gibson.

Nach einer Blättermeldung aus Rom soll die Irländerin Gibson, die vor einigen Wochen einen Revolveranschlag auf Mussolini verübt hatte, gestern im Gefängnis einen Selbstmordversuch verübt haben. Mit einem großen Hammer habe sie sich mehrere Schläge auf den Kopf beigebracht und sich schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.

Die Kundgebung der sozialdemokratischen Partei im Lustgarten.

Berlin, 14. Juni. Die Kundgebung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften für den Volksentscheid, die heute abend im Lustgarten vor sich ging und an der etwa 50- bis 60 000 Personen teilnahmen, ist durchaus ruhig verlaufen. Auch der Abmarsch der Demonstrationszüge vollzog sich ohne Störungen.

Zusammenstöße vor dem Schlosse.

Gestern abend kam es, wie die „Vossische Zeitung" meldet, nach Schluß der Kundgebung der sozialdemokratischen Partei vor dem Schloß zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, bei denen eine Reihe von Personen verletzt wurde und etwa 18 Personen festgenommen wurden. Ein Schutzpoffizier hatte eine Puppe, die die Züge des ehemaligen Kaisers trug, beschlagnahmt, worauf sich die Menge auf ihn stürzte und versuchte, ihm die Puppe zu entreißen. Die Polizei mußte Verstärkungen herbeiholen und die Treppen vor dem Schloß durch Berittene räumen. Die Menge drängte jedoch wieder vor und sprengte die Kette der Polizisten. Darauf ging die Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die Masse vor.

Das Hindenburg-Plakat.

Berlin, 15. Juni. Das Plakat gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten mit einem Auszug aus dem Briefe Hindenburgs, das gestern durch Polizeibeamte von den Anschlagsäulen entfernt worden war, ist heute mit Angabe des Urhebers wieder an den Säulen angeschlagen worden.

Der Fürstenenteignungsfilm freigegeben.

Berlin, 14. Juni. Der am Freitag von der Filmprüfstelle Kammer 1 Berlin verbotene Film „Keinen Pfennig den Fürsten" ist heute von der Filmoberprüfstelle als Berufungsinstanz freigegeben worden.

Sven Hedin über Deutschland.

Stockholm, 12. Juni. Auf einem Essen, das die Organisationen der schwedischen Presse den auf einer Studienreise befindlichen deutschen Journalisten gaben, nahm auch Sven Hedin das Wort, um seiner Freundschaft für Deutschland und den germanischen Geist Ausdruck zu geben.

Sven Hedin erinnerte an die Bewunderung, die Schweden im Kriege und in den nachfolgenden schweren Jahren für Deutschland gezeigt habe und drückte seine Freude über Deutschlands Wiederaufstieg aus. Die germanischen Völker müßten ihren Platz in der Welt behaupten. Mit Sorge sehe man, wie inmitten Europas wieder ein Vakuum zu entstehen drohe. Während alle Völker den Wunsch nach Frieden hegten, würden sie in der Furcht vor neuen kriegerischen Verwicklungen gelähmt. Für die Germanen sei es die Mission der Zukunft, dieses Vakuum auszufüllen. Sie müßten kämpfen um ihren Willen zu behaupten.

Die Deutschen haben, so sagte Sven Hedin, zuverlässige Freunde in Schweden, die für Frieden, Freundschaft und germanischen Geist in der Welt kämpfen wollten. Er trank schließlich auf das Wohl der Germanen und die Zukunft der germanischen Völker.

Deutsche Ortsnamen in der Tschechoslowakei.

Die vor kurzem von der tschechischen Regierung erlassene Sprachenverordnung raubt den Sudetendeutschen einen großen Teil ihrer Sprachenrechte. In hartem Kampf wehren sie sich gegen die erneute Entrechtung. Um so schmerzlicher muß es unsere sudetendeutschen Brüder berühren, wenn sie immer wieder erfahren müssen, wie wenig Anteilnahme weite Kreise des Deutschen Reiches ihrem Schicksal entgegenbringen und wie wenig Rücksicht sie auf das Empfinden der Deutschen in der Tschechoslowakei nehmen. Immer wieder kommt es vor, daß Briefsendungen aus Deutschland nach deutschen Orten in der Tschechoslowakei lediglich die tschechische Bezeichnung tragen. Mit Recht fordern die Sudetendeutschen, daß in einer Zeit, in der das Sudetendeutschtum in schwerstem Kampf um seine Sprachenrechte steht, auch im Reiche auf die Jahrhunderte alten deutschen Ortsnamen Rücksicht genommen wird. Es gibt nicht weniger als 107 Bezirke in der Tschechoslowakei, in denen die deutsche Bevölkerung 80 Prozent übersteigt. In diesen Bezirken können selbst nach der harten Sprachenverordnung die Deutschen verlangen, daß Gerichte und Behörden in Angelegenheiten, an denen nur Deutsche beteiligt sind, ausschließlich deutsch verhandeln und nur deutsche Erledigungen herausgegeben werden. Dies sind folgende Gerichtsbezirke:

Böhmen: Arnau, Asch, Aussha, Außig, Bensen, Braunau, Buchau, Dauba, Duppau, Elbogen, Falkenau, Friedland, Deutsch-Gabel, Gablonz a. N., Görkau, Graslitz Graßen, Grulich, Haida, Hainspach, Hartmanitz, Hohenelbe, Hohenfurth, Hostau, Jechnitz, Joachimsthal, Kaaden, Kalsching, Böhm. Kamnitz, Kaplitz, Karbitz, Karlsbad, Katharinaberg, Komotau, Königswart, Kratzau, Böhm. Leipa, Lubitz, Marienbad, Marschendorf, Mies, Neubistritz, Neudek, Neuern, Neustadt a. T., Niemes, Oberplan, Petschau, Pfraumberg, Plan, Platten, Podersam, Preßnitz, Reichenberg, Röchlitz, Rokitnitz, Ronsperg, Rumburg, Saaz, Schatzlar, Schluckenau, Sebastiansberg, Tachau, Tannwald, Tepl, Teplitz-Schönau, Tetschen a. E., Trautenau, Tuschlau, Waller, Warnsdorf, Weckelsdorf, Wegstädtl, Weipert, Weseritz, Wildstein, Zwickau.

Mähren und Schlesien: Altstadt, Bennisch, Frain, Freiwaldau, Freudenthal, Fulnek, Hennersdorf, Hof, Hotzenplotz, Jägerndorf, Jauernig, Joslowitz, Mähr. Neustadt, Nikolsburg, Obrau, Olbersdorf, Pohrlitz, Römerstadt, Mähr. Schönberg, Sternberg, Mähr. Trübau, Weidenau, Wiesenberg, Wigstadtl, Würbenthal, Zlabings, Zuckmantel, Zwittau.

Außerdem sind die Gerichte und Aemter verpflichtet, in Gerichtsbezirken mit mehr als 20 Prozent, aber weniger als zwei Dritteln deutscher Bevölkerung mit Deutschen deutsch zu verhandeln, deutsche Eingaben entgegenzunehmen und diese außer der tschechischen auch in der deutschen Sprache zu erledigen. Derartige Gerichtsbezirke mit 20 bis 80 Prozent deutscher Bevölkerung sind:

Böhmen: Bergreichenstein, Bilin, Bischofteinitz, Brüx, Dobrzan, Dux, Königinhof, Krummau, Landskron, Leitmeritz, Leitomischl, Lobositz, Manetin, Neuhaus, Oberleutensdorf, Politschka, Postelberg, Prachatitz, Staab, Steeden, Winterberg.

Mähren und Schlesien: Auspitz, Brünn (Stadt), Freiberg, Hohenstadt, Iglau, Mähr. Kromau, Mügliß, Neutitschein, Olmütz, Mähr.-Ostrau, Schildberg, Troppau, Wagstadt, Mähr. Weißkirchen, Znaim.

Slowakei: Bad Stuben, Georgenberg, Gölnitz, Kesmark, Kremnitz, Preßnitz, Priwitz.

Selbstverständlich genügt auch im Post- und Eisenbahnverkehr für diese Bezirksstädte die deutsche Ortsbezeichnung. Lediglich die Bezeichnungen Prachatitz und Politschka werden in deutscher Sprache nicht mehr zugelassen, wofür Prachatice und Policka amtlich eingeführt wurde. Aber nicht bloß die oben angeführten deutschen Ortsnamen sind zugelassen, sondern auch die deutschen Bezeichnungen für die vielen kleineren deutschen Orte, welche in diesen Bezirken gelegen sind. Darüber hinaus kann sogar eine Reihe tschechischer Orte, welche alte deutsche Namen besitzen, im Postverkehr weiterhin deutsch benannt werden. So z. B. Jungbunzlau, Königgrätz, Böhm. Budweis (deutsche Minderheit) und die Hauptstadt Prag selbst u. a. Eine genaue Uebersicht über alle amtlich zugelassenen deutschen Ortsbezeichnungen gewinnt man aus dem Statistischen Gemeindelexikon von Böhmen 1924 und von Mähren und Schlesien 1925. Das Gemeindelexikon von der Slowakei und Karpathorußland ist noch nicht erschienen. Alle Orte, welche in diesen Lexika auch deutsch bezeichnet sind, sollten von Reichsdeutschen im Post- und Eisenbahnverkehr ebenfalls nur deutsch bezeichnet werden. Im Falle einer Unklarheit wäre höchstens die tschechische Bezeichnung in Klammern beizufügen. Auf alle Fälle jedoch ist es zu verurteilen, wenn für Fluß- und Gebirgsnamen und andere geographische Bezeichnungen von seiten Deutscher nicht die bisher üblichen deutschen Namen gebraucht werden. Außerdem sollte man auch bei Ortsnamen, deren deutsche Bezeichnung heute ausgemerzt wurde, aber von historischer Bedeutung ist, in wissenschaftlichen Werken und im Verkehr mit Deutschen nur in deutscher Bezeichnung weiter gebrauchen. Es würde unsern sudetendeutschen Brüdern sehr schmerzlich sein, wenn wir uns aus falscher Höflichkeit gegen die Tschechen und aus unberechtigter Geschäftsfurcht an der Tschechisierung alter deutscher Ortsnamen beteiligen würden. Leider wissen wir, daß die Sudetendeutschen immer noch häufig gezwungen sind, über reichsdeutsche Nachlässigkeit in diesen ernsten Fragen zu klagen.